

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 23

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 4. Juni 1926.

Anzeigenpreis für die vieresp. Millimeterzeile 20 Pfennig. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Abonnenten kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich in Köln, Benloerwall 9. Telefonruf West 61648. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

27. Jahrg.

Zur Lage der deutschen Wirtschaft.

Auf dem XI. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Dortmund behandelte Kollege Balkusch in einem Vortrage zeitgemäße Wirtschaftsfragen. Seinen Ausführungen entnehmen wir:

Die Wirtschaftskrise, mit deren Eintritt man eigentlich nach der Währungsstabilisierung gerechnet hatte, ist durch schnelle Geldvermehrung und Hereinnahme starker Auslandskredite um etwa 1 1/2 Jahr verschoben worden. Bis zum Dezember vorigen Jahres hatten wir noch keine erschreckende Arbeitslosenziffer. Erst der Dezember und die ersten Monate dieses Jahres brachten eine Steigerung der Arbeitslosenziffer auf über 2 Millionen. Die Zahlen der Konkurse und Geschäftsaufsichten stiegen in dieser Zeit sehr stark an, die Neugründungen dagegen gingen zurück. Die Konkursziffern des März lagen nach den amtlichen Feststellungen aber bereits um 15,3 Prozent unter denen des Februar und 13,3 Prozent unter denen des Januar. Auch die sogenannten Geschäftsaufsichten gingen um 13,6 bzw. 13,4 Prozent zurück. Ebenso haben die Ziffern der Arbeitslosen etwas nachgelassen. Es wäre jedoch im Augenblick verfrüht, daraus den Schluss auf eine stärkere Aufwärtsbewegung der Wirtschaft zu ziehen, denn der Anteil der Beschäftigten in den Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang, der im Februar 76 Prozent betrug, ist leider nicht zurückgegangen. Im Maschinenbau hat sich der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe sogar noch von 87 auf 91 Prozent erhöht. Der Absatz an Kohle ist weiter rückläufig. In der Metallindustrie ist teilweise eine leichte Besserung eingetreten. Ebenso macht sich eine leichte Besserung bei einer Reihe von kleineren Wirtschaftszweigen bemerkbar. Die Bautätigkeit hat sich dem Vormonat gegenüber ein wenig gehoben. Es ist besonders bedauerlich, daß in diesem Schlüsselgewerbe noch immer kein stärkerer Aufschwung trotz günstiger Witterung zu verzeichnen ist. Der Absatz an Rasi konnte bedeutend gesteigert werden. Die Wagengestellung der Reichsbahn wies ebenfalls eine Steigerung auf. Bei der Landwirtschaft würde sich der höhere Beschäftigungsgrad naturgemäß immer sichtbarer zeigen. Es sei wahrscheinlich, daß sich manche guten Anzeichen auch rückwirkend auf andere Wirtschaftszweige bemerkbar machen und deren Krise zum Stillstand bringen helfen. Die Erfahrung lehrt, daß nach einer Umstellung in der Technik und in der Organisation, wie sie jetzt stattfinden, immer mehr Arbeitskräfte gebraucht worden sind, als vorher in der Produktion standen. Wir werden nichtsdessenweniger unter Umständen doch mit einer längeren Arbeitslosigkeit als vor Jahresfrist zu rechnen haben.

In früheren Zeiten konnte man den Verlauf einer Konjunktur mit ziemlicher Sicherheit an der Preiskurve feststellen. Das kann man jetzt nicht. Wir haben im allgemeinen noch viel zu hohe Preise. Und man sucht sich durch Syndikate, Kartelle, Preiskonventionen und Ringe auch weiter zu sichern. Eine besonders üble Erscheinung sind die stark auftretenden Submissionskartelle, die sich heimlich ad hoc bilden, die Konkurrenz bei Ausschreibungen ausschalten und preistreibend wirken. Von der staatlichen Zwangswirtschaft halten wir im allgemeinen nicht viel. Mit einer privaten Zwangswirtschaft, die die Konkurrenz im Wirtschaftsleben immer weiter ausschaltet, können wir uns aber auch nicht befreunden. Die riesig gestiegene Zahl der Kartelle und Innungen, die sich vielfach mit Preisfestsetzungen befassen, tragen durch die zu hohen Preisnormierungen einen großen Teil Schuld an der Versteifung der deutschen Wirtschaft. Die Bestrebungen der Syndikate, auch den Handel zu beherrschen und hinsichtlich der Preise und Lieferungsbedingungen bis zum letzten Händler zu dringen, müssen bekämpft werden. Der Gesekentwurf zur Förderung des Preisabbaues muß mit den vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen zweckmäßigen Änderungen endlich dem Reichstag vorgelegt werden. Die Kartellverordnung muß noch schärfer gefaßt und das Preistreibrechrecht womöglich mit der Kartellverordnung organisch verbunden werden. Die Staatsanwaltschaft ist nicht das geeignete Organ, wirtschaftliche Fragen zu beurteilen. Reich und Länder müßten in die Lage versetzt werden, die Interessen der Volksgesamtheit energisch zu wahren, wenn sich inländische Verbände zu starke Machtbefugnisse anmaßen oder gar über den Kopf der öffentlichen Behörden hinweg sich mit ausländischen Interessenten zusammenschließen. Die Kartell-Leiter und Kartellmitglieder zeigen, wenn sie das gefährliche Gebiet der Preisfestsetzungen betreten, keine weitläufige Einstellung. Sie richteten sich meistens nach den Selbstkosten leistungschwacher Mitglieder.

Das Markenartikelwesen hat durch eine ungeheure Reklame einen Umfang in der deutschen Wirtschaft erreicht, der wegen der viel zu hohen Preise zur Ausbeutung breiter Volksschichten führt. Zwischen den Erzeugerpreisen der Landwirtschaft und den Preisen der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, die aus der Industrie kommen, zeigt sich immer noch die verschiedene Entwicklungstendenz. Ebenso ist die Spanne zwischen den Vieh- und Fleischpreisen und zwischen den Getreide-, Brot- und Backwarenpreisen, an der Friedenszeit gemessen, geradezu ungeheuerlich. Noch schlimmer steht es mit den Preisen für Wurst- und geräucherter Fleischwaren sowie für Räucherfische und Fischkonserven. Die Preise in den Restaurants und Kaffees stehen ebenfalls in keinem Verhältnis zu den Gehältern und Löhnen der Arbeitnehmer.

Bei der Beurteilung der Frage der Preisenkung und damit im Zusammenhang der Stärkung der Inlandskaufkraft und der Export- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie darf man natürlich auch die andern Faktoren der Steuerungsursachen nicht übersehen. Der Versailler Vertrag hat uns die natürlichen Grundlagen der Warenerzeugung ver schlechert. Die Dawes-Zahlungen nehmen der deutschen

Den Kampf mit Schwierigkeiten aller Art hat jeder Mensch in seinem Leben zu bestehen.

Wer in schwieriger Lage nicht Mut und Hoffnung als Kampfgenossen hat, wird unterliegen.

Wir müssen mit aller Kraft daran arbeiten, die jeweiligen Verhältnisse zu meistern, sonst werden wir zum Spielball dieser Verhältnisse.

Mit Mut und Hoffnung werden wir auch die gegenwärtige Krise im Wirtschaftsleben überwinden.

Volkswirtschaft ohne jedes Entgelt eine gewisse Summe Arbeitsenergieaufwand, die sich auf die übrig bleibenden Warenmengen verteilt und dadurch deren Arbeitsaufwandsquote erhöhen und verteuern muß. Mit allen Kräften ist darum der weltwirtschaftliche Austausch anzustreben, um einen gewissen Ausgleich zu verschaffen, ohne die innere Wirtschaft, besonders die landwirtschaftlichen Interessen, zu vernachlässigen. Die erfreulicherweise fortschreitende Rationalisierung und Vervollkommnung der Betriebe und der Ausbau moderner Verkehrsmittel ist zu fördern, der noch viel zu hohe Zinsfuß muß weiter gesenkt und die Spanne zwischen Soll- und Haben-zinsen verkleinert werden, die Bankrate der Reichsbank erscheint mit 7 bzw. 8 Prozent noch zu hoch. Die Frachttarife bei den Eisenbahnen bedürfen einer erneuten Durchprüfung mit dem Ziel einer Senkung. Das private Fuhrgewerbe hält auch noch an zu hohen Transportspesen fest. Die Telegramm- und Fernspreckgebühren bei der Reichspost könnten eine weitere Ermäßigung erfahren, die Gerichts-, Anwalts- und Patentgebühren sind ebenfalls zu hoch, sie müssen weit mehr als bisher dem Werte der Objekte angepaßt werden. Die Steuerschöpfung und -erhebung muß noch mehr vereinfacht werden. Die innern Ausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden sollte man im wesentlichen durch die Einkommenbesteuerung decken. Die Tarife müssen sozial gestaffelt und gestaltet werden, um die Schaffung von Neukapital durch die kleinen und kleinsten Sparer zu erleichtern. Die Zurückhaltung der Sparkassen und Banken hinsichtlich der Hefgabe langfristiger Kredite muß schwinden. Der langfristige Kredit der Golddiskontbank für die Landwirtschaft muß in geeigneter Weise schneller als bisher der Landwirtschaft zugeführt werden. Der Kredit muß in die richtigen Kanäle der wirklich produktiven Wirtschaft geleitet werden. Einen überhandnehmenden Weizen-, Süßfrüchte-, Film-, Alkohol- und sonstigen Genussmittel-Import sollte man nicht durch zu leichte Kreditgewährung der verantwortlichen Stellen fördern.

Die großen Differenzen und Unklarheiten, die in den Ziffern der deutschen Wirtschaft bestehen, müssen schleunigst durch den vorgesehenen Enquete-Ausschuß untersucht und geklärt werden, um die Entgiftung der politischen und wirtschaftlichen Atmosphäre herbeizuführen und die Produktions- und Absatzbedingungen zu verbessern. Das Institut für Konjunkturforschung, die Arbeiten zur Normalisierung und Typi-

sierung in der Industrie sowie die Aufstellung einer genauen Finanz- und Steuerstatistik ist zu begrüßen und zu fördern. Die von der Regierung angekündigten direkten und indirekten Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit müssen aus dem Stadium der Verhandlungen heraus und endlich durchgeführt werden. Der bereits an vielen Stellen begonnene Lohnabbau ist das denkbar schlechteste Mittel, um aus der Krise herauszukommen. Dadurch wird die Beschäftigung und Stärkung des Innenmarktes sicherlich nicht erreicht, da die schon schwache Kaufkraft der breiten Volksschichten dann noch eine weitere Minderung erfährt. Handel und Gewerbe wie auch die Produktion werden immer stärker den Ausfall der breiten Konsumentenmassen empfinden, viele erhaltenswerte Betriebe werden verschwinden und die notwendige Rationalisierung obendrein gestört, wenn nicht gefährdet. Es muß grundsätzlich anerkannt werden, daß Rentabilität der Wirtschaft und Rentabilität der menschlichen Arbeitskraft in gleicher Weise zu berücksichtigen sind.

Deutschland muß sich für die möglichste Beseitigung der primitiven Ein- und Ausfuhrverbote einsetzen und durch Vertragszölle die Zollwiderstände des Auslandes brechen, dort, wo dies nicht möglich ist, durch Anwendung des § 10 des Zolltarifs oder durch einen Obertarif die Widerstände beseitigen. Wir müssen mit der Zeit einen Ausfuhrüberschuß von mindestens 4 Milliarden RM. erzielen. Sperren sich die Entente-Länder und die übrigen Wirtschaftsreiche gegen diese deutsche Ausfuhr, steht die Erfüllung des Londoner Abkommens zweifellos in Frage. Unter der Wirkung des Versailler Vertrages und des Dawes-Planes ist ohnehin leider die Möglichkeit der eignen Kapitalsbildung sehr eingeschränkt. Die deutschen Arbeiter müssen bei jeder passenden Gelegenheit öffentlich daran erinnern, daß sie gemäß dem Vertrag mit der Entente eine ähnliche Lebenshaltung beanspruchen können wie die Arbeiter der alliierten und angrenzenden Länder. Bei der kommenden Weltwirtschaftskonferenz wird man sich sicherlich mit den Fragen internationaler Verträge der Zölle, der Ein- und Ausfuhrverbote, der Währungen, der Anleihen, der Regelung des internationalen Verkehrs- und Transportwesens, der Rohstoffverteilung, der internationalen Kartell- und kartellartigen Verträge befassen. Unsere Handelsvertragspolitik ist, wenn man bedenkt, daß wir am 10. Januar 1925 erst unsere Handelsfreiheit auf diesem Gebiet erreicht haben, schon erheblich fortgeschritten. Mit den wichtigsten Staaten haben wir bereits Verträge und mit den mittlern und kleineren verhandelt wir. Nur mit Polen haben wir noch immer Zollkrieg.

Die Rentabilität der deutschen Wirtschaft muß eine ständige Sorge, und zwar von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein. Denn Unrentabilität und Dividendenlosigkeit bedeutet allgemeinen Niedergang und auch Entlassung der Arbeiter. Ein Ausgleich für unsere schmale Rohstoffbasis und für die kargen und schwer abringbaren Produkte unseres Bodens sind die im Vergleich zum Ausland außerordentlich niedrigen Löhne. Wir müssen einen stärkern Aufwand an Gedankenarbeit, der in der Qualität der Erzeugnisse und in den Methoden der Herstellung enthalten sein muß, anwenden. Neben der Qualitäts- und Individualarbeit müssen wir typisierte und normalisierte Waren herstellen. Mit der Sachwissenschaft ist hierbei Hand in Hand zu gehen. Die seelischen und sozialpädagogischen Faktoren sollen von den Unternehmern in den Betrieben mehr beachtet werden. Regierung oder Bekämpfung der berechtigten Forderungen der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet kann schließlich nicht das erste und letzte Ziel der Arbeitgebervereinigungen sein. Man muß den Weg ehrlicher Verständigung beiderseitig beschreiten. Größte Leistungen aus einer Arbeiterschaft seien nur dann herauszuholen, wenn diese mit ihrer Seele voll und ganz bei der Sache sind.

Es fehlt bei uns noch immer die menschliche Atmosphäre, die Fühlung zwischen den Arbeitern und den Inhabern oder den Leitern der Betriebe. Wir müssen zur Schicksalsgemeinschaft der Menschen im Betriebe durch die beiderseitigen anerkannten Organisationen kommen. Der Typus des wirklichen Unternehmers, der in der Qualität seiner Produkte eine Ehrensache erblickt, und der mit seinem Werk vollkommen vorwachsen ist, muß sich mehr und mehr zeigen. Der reine Kapitalistentyp, der weniger auf das Werk, als nur auf den Gewinn sieht, kann nicht der Bahnbrecher für Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufstieg sein. Die so wichtige Frage der Berufsausbildung muß zwischen den Arbeitgebern und

Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam gelöst werden. Wenn wir aus unsern wirtschaftlichen Betrieben wirklich lebendige Organismen machen, auf der einen Seite vollwertige leitende Unternehmerpersönlichkeiten, auf der andern Männer und Frauen, die durch angemessenen Lohn und Behandlung arbeitsfreudig und mit ihrer Seele bei der Sache sind, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Wir brauchen uns aber besonders dann nicht zu fürchten, wenn im eignen Lande bei richtiger Organisation der Wirtschaft, bei Wahrnehmung aller Möglichkeiten in der deutschen Landwirtschaft sowie bei geschickter Ausnutzung unseres noch ausdehnungsfähigen Anteils am Weltmarkt die Voraussetzungen einer weitem Produktionssteigerung geschaffen werden, und die Produktivkräfte der Wirtschaft in materieller, psychologischer und sozialer Beziehung in Schicksalsverbundenheit miteinander zusammenwirken.

Die Ursachen unserer Wirtschaftskrise.

Ueber dieses Thema ist schon so viel geschrieben worden, daß kaum noch neue Gesichtspunkte dafür gebracht werden können. Trotzdem ist aber eine Zusammenfassung der wichtigsten Gründe gegenüber den oft einseitigen Darstellungen gut, um einen günstigeren Ausblick für die Verbesserungsmöglichkeiten zu bekommen. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann dabei vieles nur angedeutet, aber nicht ausführlich behandelt werden.

Am meisten bedrückt uns bei der heutigen Krise die hohe Erwerbslosenziffer. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß man vor dem Kriege mit durchschnittlich 300 000 Arbeitslosen rechnete, wie eine Zählung von 1895 ergab. Außerdem wurden etwa eine Million Menschen in Heer, Marine und deren Verwaltungen festgehalten, wovon nur ein kleiner Teil in der Reichswehr und bei der Polizei untergekommen ist. Die Rüstungsindustrie ist dabei ganz außer acht gelassen, obwohl auch hier Hunderttausende frei geworden sind. Ferner erfolgte aus den abgetretenen Gebieten eine starke Rückwanderung in das jetzige Deutschland. Hinzu kommt die natürliche Bevölkerungsvermehrung und die Verarmung durch Inflation, die viele Menschen mehr ins Erwerbsleben zwingt.

Das Ergebnis besagt, daß heute viel mehr Menschen von der Industrie leben müssen als früher. Der Verarmung einerseits steht eine Verteuerung auf dem Weltmarkt gegenüber, was eine starke Minderung des Realeinkommens bedeutet. Dadurch wird wieder eine starke Einschränkung des Konjums bedingt. Am wenigsten wird davon die Nahrung betroffen, weil sich da nicht viel abheben läßt. Diese wird aber zum Teil aus dem Ausland eingeführt, was auf unsere Industrie an sich keinen allzu großen Einfluß hat. Es müssen aber die Mittel für die Bezahlung der Einfuhr aufgebracht werden, was wiederum eine stärkere Ausfuhr bedingt.

Am schwersten von der Verarmung wird das Baugewerbe betroffen, weil sich der Wohnungsbau infolge der Uberteuering bei den jetzigen Mieten nicht rentiert. Bei einer Bevölkerungsvermehrung von 600 000 im Jahre, die Familie zu fünf Köpfen berechnet, gibt es einen Mehrbedarf von 120 000 Wohnungen im Jahre. Berechnet man die Lebensdauer eines Hauses auf 80 Jahre, so ergibt sich zur Ergänzung der bestehenden ein Bedarf von 150 000, sind zusammen 270 000 Wohnungen im Jahr, ohne die riesigen Fehlbeträge aus den verflossenen Jahren. Viele andere Industrien, namentlich die Holzindustrie, werden davon in Mitleidenschaft gezogen.

Ähnliche Folgen der Verarmung werden in anderen Gewerbebezügen bemerkt, die sich beim Handel und Verkehr, den Vermittlern aller Güter, konzentrieren.

Einen großen Teil der Schuld an der niedrigen Kaufkraft trägt die Industrie selbst. Die allgemeine Flucht in die Sachwerte während der Inflation, ließ Werke von riesiger Ausdehnung entstehen, für die bei normalen Verhältnissen gar kein Bedürfnis vorlag. Hätte man das Geld für technische und organisatorische Verbesserungen angewandt, stünde es um uns besser. Chyffen hatte dies rechtzeitig erkannt und besitz mit seinem Werk in Hamburg, das größte und modernste Walzwerk Europas, eine gute Waffe im Kampfe um die Quotenanteile. Die planlos vergrößerten Werke, die jetzt stillliegen, erfordern außer dem Zinsverluste noch viele Ausgaben für Unterhaltung. Teilweise ist man schon dazu übergegangen, diese abzubrechen und als Schrott zu verwerten. Das Endergebnis ist eine starke Vorbelaugung der Produktion, die noch durch einen großen Beamtenapparat, namentlich der höheren, und die durch die Reparationslasten angewachsenen Steuern vermehrt wird.

Nachdem die eigene Geldschöpfung durch Weizgold und Bankkredite aufhörte, wurde Geld für unbedingt nötige Ausgaben zu höchsten Preisen gesucht. Die Knappheit ist auf die Goldausfuhr während und nach dem Kriege zurückzuführen. 100% Monatszinsen, vorzeitige Rückgabe von Wechseln zum halben Preise, um das einkommende Geld günstiger anzulegen, waren keine Seltenheit.

Durch die Auslandskredite ist zwar eine Milderung eingetreten, aber kleinen Unternehmen sind diese nicht zugänglich. Für langfristige Gelder sind immer noch hohe Zinssätze vorhanden. Die Zinsen gehen aber zum großen Teile wieder ins Ausland, verhindern die eigene Kapitalbildung und verschlechtern die Zahlungsbilanz. Unsere Banken sorgen dafür, daß dieser Zustand bleibt, indem die Zinsspanne zwischen geliehenem und ausgeliehenem Kapital, statt 2—4%, wie vor dem Kriege, jetzt 6—10% beträgt.

Infolge Kriegslieferungen waren die kriegsführenden Länder nicht in der Lage, Waren auszuführen. Die Vereinigten Staaten und Japan eroberten sich unterdessen auf billige Art und Weise die überseeischen Märkte. Die neutralen Länder bauten sich eigene Industrien auf. Nach dem Kriege umgaben sich alle Länder mit hohen Zöllen, um die mühsam aufgezogenen Industrien zu schützen. Vielfach arbeiten diese mit billigen Arbeitskräften und können so unsere Vorteile in Erfahrung und Organisation durch billige Preise ausgleichen.

In den gegnerischen Ländern wurden die deutschen Patente gestohlen und nachgeahmt, wodurch die Vormachtstellung der deutschen Industrie in verschiedenen Erzeugnissen gebrochen wurde. Unsere Flotte mußte bis auf einen geringen Teil abgegeben werden, von uns betriebene Auslandslinien gingen so verloren. Hierzu kommt noch, daß jetzt ein bedeutend größerer Frachtraum einer geringeren Frachtmenge gegenübersteht. Die Auslandsniederlassungen unserer Versicherungskonzerne brachen infolge der Inflation zusammen, da sie die Versicherungssumme in den Ländern mit stabiler Währung nicht ausbezahlen konnten.

All diese Erscheinungen machten es Deutschland sehr schwer, teils unmöglich, alte Absatzgebiete und Einnahmequellen wiederzugewinnen, und so ergibt sich für unsere Exportindustrie und die Kapitalanlagen im Ausland ein erhebliches Minus. Infolge des Verlustes unserer Kolonien müssen wir mehr Rohstoffe vom Auslande beziehen, wodurch unserer Volkswirtschaft noch mehr Mittel ent-

zogen werden. Unser Bevölkerungsüberschuß muß in fremde Kolonien auswandern, und wird dadurch der fremden Volkswirtschaft nutzbar.

Von einer schweren Krisis ist unser Steinkohlenbergbau heimgekehrt. Nach dem Kriege wurde die Belegschaft stark vermehrt, um den durch den Krieg entstandenen Mangel, und den durch die Scheinblüte geweckten Bedarf zu decken. Während des Krieges war Raubbau getrieben worden, und jetzt mußten die Zechen weiter ausgebaut werden. Nach dem Ruhrkampfe fielen diese Umstände fort. Der laufende Bedarf war infolge der schlechten industriellen Beschäftigung gering. Vor allem kommen aber technische Verbesserungen in Frage. Unsere Flotte ist beim Wiederaufbau fast restlos auf Oelfeuerung umgestellt worden; ebenso ein großer Teil der Industrie. Zum Teil ist sogar die Dampfmaschine verschmunden, und hat dem schweren Dieselmotor Platz gemacht.

Die Elektrizität hat ebenfalls die Kohle in der Industrie verdrängt. Anstelle der Steinkohle wird heute zur Elektrizitätserzeugung die Braunkohle und die Wasserkraft verwendet. Neben den Braunkohlengruben in Mitteldeutschland und im Rheinlande stehen mächtige Elektrizitätswerke. Nur wenige Maschinen sind notwendig, um die Kohle von der Abbaustelle in die eigens erbauten Feuerungen zu transportieren. Bayern ist nach vollständigem Ausbau seiner Wasserkraft von der Kohle unabhängig, und kann noch Strom abgeben. Der Ausfall beträgt dann etwa 3 Millionen Tonnen Kohle.

Die mit Kohle heizende Industrie hat sich vielfach auf Braunkohle umgestellt, und erzielt durch Verwertung der Abdämpfe erhebliche Kohlenersparnisse. Der Bedarf des Auslandes ist durch dieselben Maßnahmen zurückgegangen. Der Absatz nach dorthin wird erschwert teils durch eigene Förderung, zum Beispiel hat Holland die seinige von 2 auf 6 Millionen Tonnen gebracht, teils durch die englische Konkurrenz, die bisher durch die Zuschüsse der Regierung billig liefern konnten.

Schlecht liegen die Verhältnisse in der Schwerindustrie in der Metallindustrie überhaupt. Schon vorher wurde angeführt, wie diese durch unproduktive und stillgelegte Betriebe belastet ist. So sehen wir, daß der Roh-eisenpreis Deutschlands weit über dem anderer Länder liegt, von April bis September 1924 und Mai bis Juli 1925 selbst über dem der Vereinigten Staaten. Im Inland ist es Frankreich durch die Frankeninflation möglich, deutsche Firmen trotz des Zolls und der hohen Fracht zu unterbieten. Infolge der schlechten Beschäftigung ist der Bedarf der deutschen Industrie sehr gering, und für Verbesserung der Produktionsmittel fehlt vielfach das Geld, worunter die Maschinenindustrie leidet. Sind irgendwo Verbesserungen möglich, etübrigen sie wieder Arbeitskräfte.

Nach diesen, die hauptsächlichsten Ursachen unserer Krisis beleuchtende Darstellung, glauben wir, läßt sich eher ein Weg zur Besserung finden, als nach einer einseitigen Darstellung, die einen Grund oder eine Gruppe von Gründen für unsere schlechte Lage allein verantwortlich machen will.

W. W., Düsseldorf.

Holzbearbeitung und Gewerbehygiene.

(Nachdruck verboten)

(Schluß.)

Durch Eindringen von Staubteilchen und kleinen Hobelspanen in das Auge entstehen häufig Reizungen der Bindehaut, seltener schwere Verletzungen des Auges. Allgemeine

Die Zünfte im sechzehnten Jahrhundert.

Die Kräfte, welche in jugendlicher Unausgeglichenheit und hemmungslos vorandrängenden Ungeist während der ersten Sturm- und Drangperiode der Kunstwirtschaft die Jugendjahre der auflebenden deutschen Wirtschaft, vor allem im 13. und 14. Jahrhundert impulsiv beherrscht hatten, gingen um die Wende des 14. und im 15.—16. Jahrhundert in jenes Stadium über, wo der Muth ausgenutzt hat, und eine fest konjunktive Kraft an die Stelle jugendlichen Kräftelebens getreten ist. Da ist die Zeit, wo die Zünfte sich ihrer wirtschaftlichen Aufgaben voll bewußt werden und den politischen Ehrgeiz ihrer eigenen Zweckbestimmung unterstellen lernten, wo an die Stelle loser Aufzeichnungen und mündlicher Ueberlieferungen, feste Schriftsätze — Gesetze und Normen treten, wo sich das unferliche Wollen zum Ganzen vollendet. Darin liegt auch der charakteristische Zug dieser Wirtschaftsepoche, den wir so nennlich in allen größeren Städten feststellen können.

Auch in Köln hatte sich die auf- und absteigende Strömung der ersten Ära des stadtwirtschaftlichen Entwickelns voll ausgemerkt. Die oberste Stadtherrschaft war aus der monarchischen Form des bischöflichen Grundherrnregiments in die Hände des Kölner Patriarchats übergegangen, wor die Zunftfreiheit im Jahre 1182 an das Antikollegium der Ratschereche gefallen, bis noch in den Jahren 1325—1332 fünf Zunftprivilegien anstelle, aber in der Folgezeit 1333—1370 von dem Rat mehr und mehr verdrängt wird. Ganz langsam setzt dieser Wechsel ein. Im Jahre 1348 hebt er als ersten Schritt auf dem neuen Wege die Fleischerzunft wegen einer Auflehnung gegen die Obrigkeit auf, schlichtete dann 1352 den Streit zwischen der Wollenweber- und Gewandtschneiderzunft und ermächtigt, kraft seiner nun gewonnenen Autorität in Zunftdingen die maßgebendsten entscheidenden Eintrittebedingungen der Gewandtschneiderzunft. Dann kam das Jahr 1370, wo durch den Zunftaufstand unter Konrad von Hochstaden die Führer der Zünfte auf kurze Zeit zur Stadtherrschaft kamen, die Ratschereche kurzer Hand aufgehoben und ihrem Pfändungs-system, das schon lange den Unwillen des Volkes erregt hatte, ein Ende gesetzt. Damit ging die Zunftaufsicht endgültig auf den Rat über, der seinerseits von den Vertretern der über-

lange Dauer war diesem Zustande beschieden. Noch war das Kölner Patriarchat nicht gewillt, sich das Heft aus der Hand nehmen zu lassen, zumal es sich sehr bald herausstellte, daß die Zünftler doch noch nicht entwicklungsmäßig weit genug waren, um die Regierung fest in die Hand nehmen zu können, im Gegenteil, sie versielen in den verhängnisvollen Fehler, sich in Hochmut und unerbittlicher Eitelkeit zu spreizen, ihre Töchter und Frauen, die bis dahin am Stuhl und Spinnrad gesessen hatten, mit lächerlichem Prunk in Seide und Federn zu überhäufen und darüber ihre wirklichen Aufgaben hintenan zu stellen. Und so kam es bald erneut zum Aufstand, der diesmal dem patriarchalen Rat zum Siege verhalf, und ihn im Herbst 1371 wieder an die Spitze der Stadt stellte. Diesmal wurden einschneidende Maßnahmen getroffen, um den Handwerker die Herrschergehalte auszutreiben. Die Zünfte der Wollenweber und Eltschweber wurden aufgehoben, anderen Zünften die alte Selbständigkeit genommen, die Zunftprivilegien ohne neue zu erteilen eingezogen, den Zünften das freie Versammlungsrecht entzogen, und unter die Aufsicht von aus dem Rat hervorgegangenen und nur auf ein Jahr bestellte Obermeister gestellt; die Ratschereche neu ins Leben gerufen, aber ihr keine Zunftfreiheit erteilt und die Zunftentnahmen zum größten Teil der städtischen Rentenkammer und den Obermeistern zugewiesen. Es ist naheliegend, daß eine solche Schwächung der Zunftrechte in den Handwerkerkreisen eine namenlose Erbitterung hervorrufen mußte und den Klassengegensatz in Klassenhaß veränderten. Der Erfolg ließ auch dann nicht auf sich warten, und es kam im Jahre 1396 zu der furchtbaren Weberschlacht in Köln, die, trotzdem sie zugunsten des Patriarchats verlief, doch den Zünften einen bedeutenden politischen Erfolg einbrachte und ihnen ihre Zunftfreiheit zurückgab. Das Institut der Obermeister wurde beseitigt. Die Zunftentnahmen den Zünften ungeschmälert zurückgegeben, und nur zur Durchführung bestimmter Anordnungen den Zünften ein Ratsherr zuerteilt. Damit war die starke Hand ausschließlich auf den Rat übergegangen, der von nun ab die Amtsbefugnisse befristet, sie mit dem städtischen Siegel versieht, und sich jederzeit die Oberaufsicht über die Zünfte vorbehält. So sind die Zünfte zwar weniger selbständig geworden, als unter der Ratschereche, aber dafür greift der Rat überall da helfend und beratend ein, wo sich zwischen einzelnen Zünften und über die Zünfte überhaupt Gegenstände herausstellen und einem ein-

eigenes eifriges, wohlwollendes Interesse an den Zunftangelegenheiten, nach dem man bei den Amtsleuten der Ratschereche vergeblich suchen mußte. Von nun ab waren die Wider-sprechlichkeiten vors Erste zu Ende und der Boden für die innere Konsolidierung des Zunftwesens geebnet.

Die Folgezeit zeigt dann auch das Heranreifen des den Zünften eigenen Wirtschaftsgedankens. War die Vergangenheit ein Kaufen, Suchen, Irren und immer wieder Streben nach der Erreichung eines bis dahin unklaren Zieles, so wird das nun anders. Die Zünfte hatten ihre ersten großen Erfahrungen gesammelt, hatten erkannt, wo ihre Stärken lagen, wohin ihre Ziele führen mußten, und wo der Hebel lag, den man ansetzen mußte, um zum Erfolg zu kommen. Und das war das wirtschaftliche Moment! Die wirtschaftlichen Erfahrungen, die bisher lose überliefert waren und von Generation zu Generation übermittelte und erweitert waren, wurden von nun ab — wo die Handschriftkunst Allgemeingut zu werden beginnt — säuberlich aufgezeichnet und gesammelt, verarbeitet, gesiebt und dann als gleichsam Extrakt in den Zunftgesetzen festgelegt. So entstand das Mannesalter des Zunftwesens, nachdem die oft großen Jugendirrtümer und Fehlschläge überwunden waren. Jetzt mußte die Zunft, was sie wollte! Und so sehen wir im Jahre 1397 unter dem Datum des 24. April vierunddreißig Kölner Zünfte mit neuen Amtsbefugnisse auf den Plan treten. Alle bedeutenden sind darunter zu finden, und der berühmte Verbundbrief der Kölner Zünfte vom Jahre 1396 zeigt, daß das ganze Kölner Gewerbe mit seinen 36 Zünften, 1397 eine bedeutende Epoche einleitet. Jetzt tritt erst die Zunft in volle Wirksamkeit; Der Zunftzwang wird weitgehend eingeführt, und das außerzünftige Betreiben eines zunftmäßig organisierten Gewerbes vom Rat (!) unter Strafe gestellt. Neben der Eintrittsgebühr wird das Lehrlingswesen und die Sachausbildung geregelt, der Nachweis der handwerklichen Befähigung verlangt — kurz die systematische Organisation des inneren Zunftwesens auf Grund der gesammelten Erfahrungen in neue, zweckmäßige Wege geleitet. Damit wird die Stellung der Zünfte zur Wirtschaft eine neue — bedeutendere. Denn nur da, wo zielbewußte Organisation und kräftebeherrschendes Zweckstreben walten, kann der Erfolg ein dauernder sein. Der Aufstieg der Zünfte in der vorübergehenden Periode war nicht das Produkt systematisch, folgerichtig komponierter Denkorgänge, sondern weit

Augenentzündung sind in der Holzindustrie bei der Verarbeitung gewisser Holzsorten zu beobachten. So ist z. B. in Japan bei der Verarbeitung von Tagayasanholz Augenentzündung oft beobachtet worden und tritt bei den Holzarbeitern verschieden stark auf. Es macht sich aber auch zugleich eine Hautentzündung mit schwärzlich-bräunlicher Verfärbung entblößter Körperteile bemerkbar. Untersuchungen über die Ursachen dieser Gewerkrankheit ergaben, daß die Schuld in den pulverförmigen Stoffen zu suchen ist, die sich in den Höhlungen und Spalten des genannten Holzes befinden. Da dieses Holz wegen seiner Härte, Schwere und vorzüglichen Maserung wie auch wegen seiner außerordentlich politurfähigen Schnittfläche gern verwendet wird, so verdient diese Gewerkrankheit Beachtung. Aus dem genannten Holz werden besondere Möbel, Pfeiler und Luxusmaterialien hergestellt. Die Untersuchung des Holzes ergab, daß die erwähnten pulverartigen Stoffe der Hohlräume schwefelgelbes, an der Luft lederbraun bis schwärzlich-violett werdendes Aussehen haben und chemisch nahe verwandt mit dem Chrysoarobin sind, welches in der Heilkunde zu Salben verwendet wird. Tierversuche haben ergeben, daß dieses Tagayasanpulver auch hier auf der bloßen Haut wie an den Augen Entzündungen hervorruft und innerlich benekliche Störungen der Nieren- und Verdauungsorgane zeitigt. Ueberall da, wo exotische Hölzer dieser Art verarbeitet werden, ist also aus gewerbehygienischen Gründen entsprechende Vorsicht geboten.

Verletzungen sind im Holzbearbeitungsberuf keineswegs selten und können bei Unachtsamkeit in der Bedienung von Maschinen besonders schwere Formen annehmen. Zweckmäßige Schutzvorrichtungen beugen hier vor.

Die Gewerbe-Hygiene der Holzbearbeitung erfordert in erster Linie Maßnahmen gegen Einwirkungen des Staubes. Hier ist natürlich zwischen Fabriken und kleinen Werkstätten zu unterscheiden. Dementsprechend muß die Wichtigkeit der Staubabsaugung bewertet werden. Dadurch wird auch die Feuers- und Unfallgefahr herabgesetzt. Weiter wird so die Reinhaltung der Maschinen erreicht. Die Folge ist leichtere Bedienung und geringere Abnutzung. Die Staubabsaugung gleich an den Erzeugungsstellen führt auch zur Vereinfachung des Spänetransports. Diese Holzabfälle können so direkt zu den Feuerungsanlagen geleitet werden, was für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes vorteilhaft ist. Wo derartige Einrichtungen nicht bestehen, sollen sich die Arbeiter bei allen mit der Entwicklung feinen Staubes verbundenen Arbeiten durch Respiratoren, Watistücher, feuchte Schwämme usw. zu schützen suchen. Das gilt namentlich für Personen mit schwachen Lungen oder etwas erkrankten Atmungsorganen.

Holzbearbeitungswerkstätten sind fleißig zu lüften, auch im Winter, und täglich von den Holzabfällen zu befreien, aufzuwischen und mindestens wöchentlich einmal gründlich zu säubern. In größeren Betrieben schafft die künstliche Ventilation die Lüfterenergie, unabhängig von dem guten Willen und der Aufmerksamkeit des Personals. Die modernen Ventilationseinrichtungen saugen den Staub gleich an der Erzeugungsstelle so ab, daß er gar nicht erst in den Arbeitsraum und somit auch nicht in die Lungen der darin Beschäftigten gelangen kann. Diese Ableitungen müssen aber genügenden Querschnitt haben; bei ihrer Verlegung sind scharfe Ecken und Knicke zu vermeiden, wenn die Ventilation ihre Aufgabe richtig erfüllen soll. Untersuchungen solcher Ventilationsrichtungen haben ergeben, daß mitunter selbst ein großer Ven-

mehr der Ausdruck einer unter allen Umständen nach Vorwärtswirtschaftung drängenden Zeit, deren neue Bedürfnisse gleichsam eine Hochkonjunktur nach handwerksmäßigen Erzeugnissen hervorgerufen hatte und diese gesteigerte Nachfrage, das Ausstreten mannigfacher Befriedigung heischender Bedürfnisse, hatte seinerseits auf die Arbeit rückgewirkt, sie entwickelt, vervollkommen und dann, als die Aufgaben größer und bedeutender wurden, als der Einzelne zur Arbeitsteilung, zur Vergrößerung seiner Arbeitsstätte und zur Ausdehnung seines Absatzkreises gezwungen wurde — zur wirtschaftlichen Organisation gedrängt, gereift zur Verwirklichung einheitlicher Pläne. Die Zeitentwicklung war es also, die den Handwerkern den rechten Weg gewiesen hat, die sie erkennen ließ, daß ihnen die Erfüllung neuer Aufgaben zugefallen war — wirtschaftlicher Aufgaben. Was wir in Köln gesehen haben, das ist in anderer Form, aber im gleichen Rahmen im 15. Jahrh. durch die ganzen deutschen Stadtwirtschaften gezogen — die Reform des Junftwesens nach der wirtschaftlich-organisatorischen Seite. Da entsteht ein neues Verfassungs- und städtisches Verwaltungsrecht, welches das Mittelalter abschließt, wie es die folgende Wirtschaftsepoch begründet hat. In den neuen gemischten ständischen Verfassungen, wie sie Köln 1396, Straßburg 1405—1448 erhielten, in der Neubildung der gesamten Ämter und Behörden, in der Ausbildung ständischer und territorialer Wirtschaftssysteme, in der sich herausbildenden Bau-, Feuer- und Gesundheitspolizei, in der einsehenden Rechtskontrolle — da liegen, wenn wir uns Schmöller anschließen wollen — die großen Errungenschaften der vom Humanismus, dem römischen Recht, den deutschen Universitäten, der allgemeinen Verbreitung der Schreibkunst und der Erfindung von Buchdruckereien bewegten und genährten Zeit. So wurde diese Epoche zu einem Schauplatz ruhiger Entwicklung mit einem auf die Epoche wilder Vöhrung und anarchischer Vorwärtsbewegung zwingend notwendig folgenden Aufbau organischer Gesetzgebung und friedlichhaltender Kompromißschließung. Das gab der Wirtschaft die notwendige Basis ihrer gesunden Entwicklung und schuf ein festes Gefüge, das stark genug war, das, was die Hochkonjunktur impulsiv zum Leben erweckt hatte, am Leben zu erhalten, einen Unterbau zu geben für die kühnen Visionen, in deren Form sich die Entwicklung der Wirtschaft gefällig.

tilator den Staub nur darum ungenügend absaugte, weil die Leitung durch ihre Führung und Formgebung dem Luftstrom zu großen Widerstand bot. Wurde dann durch Umbau die Leitung mit sanfteren Krümmungen ausgestattet, dann genügte oft sogar eine erheblich kleinere Antriebskraft für die Staubabsaugung. Das ist darum wichtig, zu betonen, weil es natürlich die Wirtschaftlichkeit jedes Betriebes erfordert, hygienische Maßregeln recht wirksam, aber doch mit einem Mindestmaß an Unkosten durchzuführen.

Bei Arbeiten, die viel Staub erzeugen, tut der Beschäftigte gut, zum Schutze gegen Reizungen und Verletzungen des Augapfels eine Schutzbrille mit großen weißen Aufschlagskugeln zu tragen. Dieser Schutz ist besonders bei Verwendung von Schmirgelscheiben und dort geboten, wo beim Sägen nach vorgezeichneten Mustern der Staub noch nicht abgesaugt, sondern von den Sägeflächen weggeblasen werden muß.

Die Aufwendungen für hygienische Zwecke in Holzbearbeitungsbetrieben machen sich immer bezahlt. Die Arbeiter werden leistungsfähiger, und dadurch steigt die Produktion. Es fallen auch die Störungen fort, die mit häufigen Erkrankungen verbunden sind. Die Krankenkassen werden entlastet. Die Aufwendungen für Unfall und Invalidität vermindern sich. Die Ausgaben für die Gewerbehygiene bei der Holzbearbeitung sind also letzten Endes doch durchaus praktischer Natur.

Ingenieur P. Max Grempe, Berlin-Friedenau.

Eine Lehre für Unorganisierte.

Der Schreiner H. . . war bei Schreinermeister H. . . beschäftigt. Der Meister bezahlt dem Gehilfen 25. — Mk. pro Woche. Laut Tarif für das Kölner Holzgewerbe beträgt der Stundenlohn 1. — Mk. für Gehilfen von 20 — 22 Jahren oder 48. — Mk. die Woche. Der Gehilfe wurde nach einigen Wochen entlassen. Er stellte nun Klageantrag beim Kölner Gewerbegericht auf Bezahlung von 147. — Mk. unter Berufung auf den Tariflohn. Am 21. 5. war Termin am Gewerbegericht. Der Meister wurde vom Syndikus der Kölner Tischler-Innung vertreten. Der Syndikus bestritt die Rechtmäßigkeit der Forderung, da der Gehilfe keiner Organisation angehöre, welche am Tarifvertrag beteiligt sei, denn er sei unorganisiert. Das Ergebnis war, der Klageantrag wurde abgewiesen.

Eine Lehre für diejenigen Kollegen, welche glauben den Verbandsbeitrag sparen zu können.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 30. Mai bis 5. Juni 1926 der 23. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Zeitahlungen. Eine zweckmäßige Verwertung der Verbandsgelder ist nur möglich, wenn alle bei den Zahlstellenkassierern eingegangenen Beitragssummen sofort an die Hauptkasse weitergeleitet werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wichtige Entscheidung des Kölner Gewerbegerichtes. Im Jahre 1925 haben die Holzarbeiter der Kölner Metallindustrie bis zu 12 Wochen im Streik gestanden. Bei der Urlaubsgewährung für dieses Jahr vertrat die Direktion der Vinkhoffmann-Cauchhammer u. S. Werk Köln-Ehrenfeld die Auffassung, die Holzarbeiter haben nur entsprechend der geleisteten Arbeitstage ihren Urlaub zu beanspruchen und zwar 1/4 Jahr gearbeitet und 1/4 Jahr gestreikt, demzufolge 1/4 des tarifmäßigen Urlaubs. Die Kollegen, welche 9 Tage erhalten sollen, bekommen 7 Tage. Eröfndem in der Vereinbarung zum Abschluß des Streiks die Bestimmung aufgenommen wurde: das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Die Ortsverwaltung Köln stellte für den Kollegen R. . . Klageantrag am Gewerbegericht Köln. Das Gewerbegericht hat in seiner Sitzung am 27. Mai dahingehend entschieden, daß dem Kollegen R. . . der Urlaub von 9 Tagen zusteht.

Rundschau.

Ermäßigte Eintrittskarten für die große Ausstellung in Düsseldorf.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für den Stadt- und Landkreis Düsseldorf teilt uns mit, daß für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ermäßigte Eintrittskarten zum Preise von M. 1. — zu erhalten sind. Wenn Gewerkschaftsgruppen außerhalb Düsseldorfs die Düsseldorfser Ausstellung besuchen wollen, ist zu empfehlen, daß die Kollegen sich direkt an das Düsseldorfser Kartell (Caisenstraße 37) wenden.

Stand der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der ersten Hälfte des Monats Mai ist von 1 782 000 auf 1 743 000, d. h., um etwa über 2 Prozent zurückgegangen. Die Verminderung kommt diesmal ausschließlich den männlichen Hauptunterstützungsempfängern zugute, die von 1 465 000 auf 1 425 000 abgenommen haben. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterhaltungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 1 818 000 auf 1 764 000 zurückgegangen.

Im neuen Heim! Am 26. Januar ds. Js. eilte die Nachricht durch die deutsche Presse über einen großen Brand in den Zentralanlagen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Düsseldorf-Reisholz. Große Werte wurden zerstört, die aber durch unsere „Deutsche Feuerversicherung“ gedeckt waren. Vier Monate später bringen wir schon die erfreuliche Nachricht, daß die Zentralanlagen und Einrichtungen des Reichsverbandes, als auch der „Sepag“ Groheinkauf- u. Produktions-A.-G. deutscher Konsumvereine ein geräumiges und modern eingerichtetes Heim als neue Zentrale bezogen haben. Verwaltungsgebäude und Lagerräume des ehemaligen Proviantamtes für das VII. Armee Korps in der Dagenstraße 45—47 zu Köln, direkt am Hafen gelegen, dienen nun dem friedlichen Streben genossenschaftlicher Arbeit. Das Verwaltungsgebäude mit 32 Zimmern und das Lagergebäude mit seinen 5 Etagen und zirka 5000 qm Lagerflächen, bieten für längere Zeit dem frischen und zielbewußten Vorwärtstreben der Konsum-Genossenschaftsbewegung in ihrer Zentrale noch reichlich Raum zur Ausdehnung.

Wir schließen uns den mannigfachen Glückwünschen an, die den Zentraleinrichtungen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in diesen Tagen für die zukünftige Arbeit zugehen.

Volkswirtschaftliche „Aufklärung“. Existiert da in Dresden eine „Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse“. Die muß, da sie nun einmal da ist, auch ihre Existenzberechtigung nachweisen. Vor allen Dingen muß sich die Arbeit lohnen. Darum fabriziert sie Flugblätter. Segen die Arbeiter natürlich. Dann die Arbeitgeber haben das Geld dafür aufzubringen. Da aber der Inhalt für sie nicht „hoch“ genug ist, und letzten Endes die Masse es bringen muß, versucht man damit das geistige Niveau der Arbeiter zu heben. Hier gibt es jedoch Scheinbar nicht genug „Arme im Geiste“, denen die Steckrübenkost zusagt. Demzufolge klappt der Laden nicht so, wie der Geldbeutel der betriebsamen Herausgeber gerne möchte. Was bleibt da übrig, als sich selber zu loben, von „lebhaften Anerkennungen, sichtbar starken Wirkungen“ usw. zu sprechen, und sich „auffordern zu lassen, die Arbeitgeber von der Notwendigkeit der Aufklärung der Arbeiterschaft über volkswirtschaftliche Fragen zu überzeugen“ (Industrieschutz 105/1926). Und weil nun einmal eine Wirtschaft ohne Geld nicht betrieben werden kann, Geld aber in der „Gesellschaft zur Verbreitung“ nur die große Hoffnung ist, sucht sie die Flugblattverfasser in den Kreisen, die den Ehrgeiz haben, sich endlich einmal gedruckt zu sehen, und dafür nicht nur honorarfrei arbeiten, sondern, wenn es nicht anders ist, auch noch etwas herausgeben. Je weniger volkswirtschaftliche Kenntnisse vorhanden sind, desto geeigneter ist der Bewerber. Vor uns liegt das Flugblatt Nr. 44 von einem Herrn A. Lindner, rer. pol. et iur. Der ist wirklich in den Anfangsgründen seines Studiums stecken geblieben, und hat auch die samt seinem gesunden Menschenverstande wieder vergessen. Zur Erheiterung ein kleiner Abschnitt aus dem Flugblatt: „Durch hohe Löhne werden die Arbeiter ärmer. Denn wenn der Arbeiter das Dreifache verdient, wird der Lebensbedarf um das Sechsfache teurer, und der Arbeiter kann nur halb so viel kaufen wie früher. Wenn ein Volk von 10 Millionen Menschen nur 5 Millionen Anzüge jährlich erzeugt, so kann nur immer der zweite Mann jährlich einen Anzug bekommen, auch wenn die Löhne noch so hoch steigen.“ Bewiß kann er das, nur bekommt er sie nicht. Wie wär's denn, junger Mann, wenn wir beide uns zusammentäten und fabrizierten zwei Anzüge, die ich mir dann gleich beide anzöge. Nachher hättest du das Nachsehen und würdest sicherlich, so wie du jetzt eingestellt bist, darüber schimpfen, daß nicht genug fabriziert worden wäre.

Deine Leistung in allen Ehren. Schade nur, daß deine volkswirtschaftlichen Kenntnisse bei weitem nicht an die des einfachsten Arbeiters herantreiben. Die „Gesellschaft zur Verbreitung“ möge ruhig fortfahren, ihr Licht leuchten zu lassen. Schaden tut's keinem, außer ihr selber.

Die katholische Arbeiterbewegung im Osten. Der Dresdener Diözesanverband kath. Arbeiter- und Männervereine, welcher am 1. Juni auf sein zweijähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt vor kurzem in Dresden seinen 2. Verbandstag ab. Aus dem Geschäftsbericht, den Verbandssekretär Daumann erstattete, ist zu entnehmen, daß der Verband 152 Vereine mit 15 733 Mitgliedern zählt. Die Verbandszeitung „Die Arbeit“ erscheint in einer Auflage von 13 000 und ist in 95 Vereinen obligatorisch eingeführt. Außer den Bezirkskonferenzen fanden 3 besondere Konferenzen mit den kath. Gewerkschaftssekretären statt; an einer derselben nahm auch Dr. Stegerwald teil. Diese beschäftigten sich mit der Zusammenarbeit der christl. Gewerkschaften mit den konfessionellen Vereinen. Ueber das Thema: Von der Arbeiterbewegung zum Arbeiterbunde sprach Landessekretär Dr.

Reise, während Geschäftsführer Dr. Brüning, M. d. N., über „Arbeiter und Politik“ sprach.

Nach Annahme einer Entschließung zu den Siedlungsplänen der Regierung in Ostdeutschland wurden die neuen Verbands-satzungen angenommen und der Vorstand gewählt.

Das Verbandsgebiet ist in 12 Bezirke eingeteilt und zwar: Berlin, Beuthen, Breslau, Frankenstein-Münsterberg, Glatz, Görlitz, Leobschütz, Piegwitz, Reife, Oppeln, Sagan und Waldenburg.

Die Tagung gab Zeugnis von der Neubelebung der kath. Arbeiterbewegung im Osten. Es ist zu erwarten, daß der diesjährige Katholikentag, welcher in Breslau stattfindet, dazu beiträgt, daß auch die Vereine aus Sachsen und Ostpreußen sich mit den Schlesiern und Brandenburgern zusammenschließen.

Nähere Auskunft durch Verbandssekretär Dommann, Breslau I, Antonienstr. 26, Fernspr. Obte 1357.

Fachtechnisches.

Selbstentzündung von Firnis. Ein bemerkenswerter Fall von Selbstentzündung von Firnis wird in der Nr. 4 der Deutschen Tischler-Zeitung (29. Januar 1926) auf der Seite IX, mitgeteilt. Der vom Schaden Betroffene schildert den Vorgang in der Weise, daß während seiner Abwesenheit ein Lehrling in der Werkstatt einen Küber mit Firnis umstieß. Damit der Meister nichts merken sollte, wurde der Firnis mit Maschinenhobelspanen abgewischt, und die getränkten Späne in den Späne-Aufbewahrungsraum gebracht, und damit die Sonne nichts an den Tag bringt, wurden die öligen Späne mit trockenem überhäutet. Das Umstoßen des Firnisbehälters erfolgte nachmittags gegen vier Uhr, also kurz vor Feierabend.

Der Betrieb wäre unabwendbar den Flammen zum Opfer gefallen, wenn nicht sofort Wasser zur Stelle gewesen wäre. Nach dem Erstickten des Brandherdes fand der Meister die mit Firnis getränkten Späne, welche stark verkohlt waren. Daß nur die ölgetränkten Späne als Brandursache in Betracht kommen, unterliegt keinem Zweifel. Beim Verhör der Lehrlinge wurde das bereits beschriebene Umkippen des Firnisbehälters festgestellt, es war reiner Leinölfirnis.

Für die Ursache der Selbstentzündung hat die Deutsche Tischler-Zeitung keine Erklärung gegeben, und es soll hier kurz auf diese hingewiesen werden: Bei Baumwolle hat man die Selbstentzündung bisher mit der Hitzebildung erklärt, die sich durch die Oxydation von den in der Baumwolle befindlichen Ölen bildet. Wir wissen, daß Öl nicht nur bei Baumwolle, sondern auch bei Pflanzensamen verschiedener Art, bei Holz- und Sägespänen, sogar bei metallischen Bohr- und Feilspänen zur Selbstentzündung führen kann. Durch die allmähliche Sauerstoffaufnahme tritt eine Erwärmung der vom Öl umhüllten Körper ein. Die Selbstentzündung ist abhängig:

1. von der Konzentration der Substanz,
2. von dem Wassergehalt,
3. von der Oberfläche,
4. von der Art der Substanz.

Bei Holz und Braunkohlenbriketts ist ermittelt worden, daß ein höherer Bitumengehalt die Entzündlichkeit nicht fördert, während das Lignin viel leichter zur Entzündung neigt als die Zellulose. Es handelt sich also um einen Oxydationsprozeß organischer Substanzen. (Feuer und Wasser, Heft 11, Jahrgang 29, Seite 312.) In der Fachzeitschrift Soc. Ind. de Rouen erklärt Andre Dubose die Selbstentzündung auf vegetabilischen und auch animalischen Organismen durch die Entwicklung eines Enzyms vegetabilischen Ursprungs. Es besitzt in hohem Maße die Eigenschaft, fettige Körper anzugreifen, und führt so eine chemische Reaktion aus, die eine Hitzeentwicklung zur Folge hat.

Nachdem diese Reaktion als Ursache der Selbstentzündung in Betracht gezogen werden mußte, wurden genaue Nachprüfungen angestellt. Hierbei wurde ermittelt, daß die Bakterien, welche dieses Enzym erzeugen, sich bei

einer Temperatur von 25 bis 30° C. am günstigsten entwickeln. Die Wirkung der Lipase ist in den Graden von 35 bis 50° C. die höchste. Ihr Einfluß wird herabgemindert, wenn die Temperatur 100° C. erreicht hat. Für die Entwicklung des Enzyms ist Feuchtigkeit notwendig, und da diese Feuchtigkeit in einem gewissen Prozentsatz in den vegetabilischen fettigen Teilen vorhanden ist, so sind hier die Ursachen für die Entwicklung der Lipase gegeben.

Um Selbstentzündung lagernder Hobel- und Sägespäne zu meiden, muß folgendes beachtet werden:

1. möglichstes Fernhalten von Luft und Vermeidung großer Berührungsflächen,
2. Beseitigung jeglicher Wärmezufuhr und Ableitung der entwickelten Wärme,
3. Vermeidung künstlicher Ventilation und
4. Verwendung von Kohlenäure zum Erstickten.

Karl Micksch.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Die reichsgesetzliche Wochenhilfe. Die Reichsversicherungsordnung hat zwei Arten von Wochenhilfe geschaffen:

- I. die Wochenhilfe auf Grund eigener Versicherung der Wöchnerin und
- II. die Wochenhilfe auf Grund der Versicherung eines Familienangehörigen der Wöchnerin (Familienwochenhilfe).

I. Sofern die Wöchnerin selbst am Tage ihrer Entbindung Mitglied einer Orts-, einer Land-, einer Betriebs- oder einer Innungskrankenkasse ist, hat sie Anspruch auf die gesetzlichen Leistungen der Wochenhilfe unter folgenden Voraussetzungen: Es genügt nicht, daß die Wöchnerin am Entbindungstage Mitglied einer Krankenkasse ist; die Entbundene muß vielmehr bereits in den der Niederkunft vorausgegangenem, zwei Jahren 10 Monate = 300 Tage lang Mitglied einer der vorgenannten reichsgesetzlichen Krankenkassen gewesen sein; als weitere Vorbedingung verlangt das Gesetz, daß von diesen 10 Monaten Versicherungszeit mindestens 6 Monate = 180 Tage in das letzte Jahr vor der Entbindung fallen. Ist auch nur eine dieser Bedingungen nicht erfüllt, so besteht auf Wochenhilfe kein Anspruch; treffen indessen beide Voraussetzungen zu, so hat die zuständige Krankenkasse die satzungsmäßigen Wochenhilfeleistungen zu gewähren.

Nicht notwendig ist, daß die 10- und 6monatige vorgängige Versicherungszeit bei ein und derselben Krankenkasse zugebracht wurden. Diese kann bei beliebig vielen Orts-, Land-, Betriebs- oder Innungskrankenkassen verbracht sein. Leistungspflichtig bleibt auch diesfalls wie sonst diejenige Kasse, deren Mitglied die Niedergekommene am Entbindungstage ist und wäre sie deren Mitglied selbst erst am Tage der Niederkunft geworden.

Nehmen wir an: Eine bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln versicherte Wöchnerin — einerlei, ob sie Pflicht- oder freiwilliges Mitglied ist — hat am 17. Januar 1925 einem Kinde das Leben geschenkt. Es ist zu prüfen, ob die Entbundene in dem zweijährigen Zeitabschnitte vom 17. Jan. 1923 bis 16. Jan. 1925 zehn Monate = 300 Tage Rassenmitglied war und weiterhin, ob von diesen 10 Monaten mindestens 6 Monate = 180 Tage in den Zeitraum vom 17. Januar 1924 bis 16. Januar 1925 (letztes Jahr vor der Niederkunft) fallen. Trifft das eine wie das andere zu, so hat die Wöchnerin einen — laar klagbaren — Rechtsanspruch auf die Wochenhilfeleistungen.

- Diese sind:
1. freie ärztliche Behandlung durch einen Rassenarzt, sofern solche bei der Entbindung erforderlich wird,
 2. ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 25 Mark, aus welchem Betrag die Wöchnerin vor allem die Hebammenkosten bestreiten soll,
 3. ein Wochengeld für 71 Tage in Höhe des Krankengeldes der Mitgliederklasse der Wöchnerin, mindestens aber 50 Pfennige pro Tag. Von diesen 71 Tagen wird der Betrag für 28 Tage = 4 Wochen bereits mit dem Tage der Niederkunft fällig,
 4. solange die Wöchnerin ihr Neugeborenes selbst stillt, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, mindestens aber 25 Pfennige pro Tag bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft, demnach im Höchstfalle auf die Dauer von 85 Tagen.

Angenommen: Eine selbstversicherte Wöchnerin hat die Voraussetzungen hinsichtlich der 10monatigen Versicherungszeit am Entbindungstage erfüllt und ist mit einem Krankengeldsatz von täglich 90 Pfennig versichert, so erhält sie von ihrer Kasse, neben evtl. notwendig werdendem freien Beistand eines Rassenarztes, bei der Entbindung an Unterstützung:

1. den einmaligen Entbindungskostenbeitrag =	25.— M.
2. Wochengeld: 71 x 90 Pfg. =	63.90 "
3. Stillgeld, sof. für 85 Tage stillt: 85 x 45 Pfg. =	38.25 "
	insgesamt: 127.15 M.

II. Ist die Wöchnerin selbst überhaupt nicht versichert oder aber war sie in den letzten zwei Jahren vor ihrer Niederkunft keine 10 Monate oder hieron im letzten Jahre keine

6 Monate Mitglied einer Krankenkasse, so hat man in Prüfung der Frage einzutreten, ob kein Anspruch auf Familienwochenhilfe auf Grund der Versicherung eines Familienangehörigen besteht.

Diese Familienwochenhilfe erhalten:

- a) Ehefrauen versicherter Ehemänner und
- b) solche Töchter, Stief- und Pflegetöchter versicherter Väter und Mütter, welche mit den Wöchnerinnen in häuslicher Gemeinschaft leben. Dabei dürfen diese Wöchnerinnen aus obigen Gründen selbst keinen Anspruch auf Wochenhilfe haben; weiterhin muß der versicherte Ehemann, der versicherte Vater, die versicherte Mutter, der versicherte Stief- oder Pflegevater, der versicherte Stief- oder Pflegemutter, in den der Niederkunft vorangegangenen letzten zwei Jahren mindestens 10 Monate hindurch und davon wieder im letzten Jahr vor der Niederkunft, mindestens 6 Monate Mitglied einer reichsgesetzlichen Krankenkasse gewesen sein.

Unter genannten Voraussetzungen kann der versicherte Ehemann für seine selbst nicht anspruchsberechtigte, niedergekommene Ehefrau, der versicherte Vater oder die versicherte Mutter für ihre entbundene Tochter, Stief- oder Pflegetochter Anspruch auf Wochenhilfeleistungen bei der für ihre Versicherung zuständigen Krankenkasse erheben.

- Diese hat der Wöchnerin zu gewähren:
1. freie ärztliche Behandlung durch einen Rassenarzt, sofern solche bei der Entbindung erforderlich wird,
 2. einen einmaligen Entbindungskostenbeitrag in Höhe von 25 Mark, zur Deckung besonders der Hebammenkosten
 3. ein Wochengeld für 71 Tage in Höhe von 50 Pfg. täglich und
 4. solange die Wöchnerin ihr Neugeborenes selbst stillt, ein Stillgeld im Betrage von 25 Pfg. täglich für 85 Tage im Höchstfalle.

Damit erhält beispielsweise die selbst nicht oder nicht genügend lang versicherte Ehefrau eines gesetzmäßig lang versicherten Ehemannes von dessen Kasse an Barleistungen auf der Familienwochenhilfe:

1. den einmaligen Entbindungskostenbeitrag = 25.— M.
2. Wochengeld: 71 x 50 Pfg. = 35.50 "
3. Stillgeld, sof. für 85 Tage stillt: 85 x 25 Pfg. = 21.25 "

insgesamt: 81.75 M.

In beiden Fällen verschlägt es nichts, ob die Wöchnerin oder auch der Versicherte Pflicht- oder freiwilliges Mitglied der zur Wochenhilfeleistung verpflichteten Krankenkasse ist. Vollständig zur Leistung ist immer diejenige Kasse, deren Mitglied der Anspruchsträger am Tage der Niederkunft ist, also im Falle I die Kasse der Wöchnerin selbst, im Falle II die Kasse des versicherten Familienangehörigen (Ehemann, Vater oder Mutter).

Familienzuschläge an erkrankte Notstandsarbeiter. Die Praxis hat die Frage aufgeworfen, ob der zu Notstandsarbeiten herangezogene Erwerbslose im Falle seiner Erkrankung neben dem Krankengelde, welches ihm die Kasse gewährt, auch Familienzuschläge aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erhalten kann, wie solche der im Darunterstützungsbezug der Erwerbslosenfürsorge Stehende für seine Angehörigen im Krankheitsfalle neben der Darunterstützung aus der Krankenversicherung erhält.

Nach einem Rundschreiben des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 4. II. 1926 (III R I 483) besteht keine Möglichkeit zur Zahlung von Familienzuschlägen an erkrankte Notstandsarbeiter aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Denn nach § 9 der Bestimmungen des Herrn Reichsarbeitsministers über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 gilt die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten als Beschäftigung gegen Entgelt im Sinne der Reichsversicherung, d. h. der Notstandsarbeiter wird im Falle der Erkrankung hinsichtlich seiner geldlichen Entschädigung nicht anders behandelt wie jeder andere in einer krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung stehende Arbeiter.

Literarisches.

Was jedermann von der Erwerbslosenfürsorge wissen muß? Soeben ist die 2. Auflage dieser kurz gefassten und doch genügend aufklärenden Schrift erschienen. Viele Broschüre unterrichtet über den Personenkreis, der in die Fürsorge einbezogen ist, über die Befreiung von der Beitragsleistung über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung, sowie über die Voraussetzungen für den Anspruch. Weiter bringt sie Ausführungen über die Fürsorge für Jugendliche, die Arbeitspflicht, die Kurzarbeiterunterstützungen und die Notstandsarbeiten.

Es dürfte kaum eine zweite Broschüre vorhanden sein, die trotz des äußerst billigen Preises in so ausführlicher, allgemein verständlicher Weise alles Wissenswerte über die Erwerbslosenfürsorge enthält, wie diese Schrift aus unserem Verlage.

Preis 25 Pfennig. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf.

Hobelbank-Ersatz
pat. gesch. Neuheit. Preis M. 6.50
Bei Mehrbezug Rabatt.
Eventuell Teilzahlung.
Prospekt gegen 10 Pfg. Marke.
G. Pfeiffer, Pfarrkirchen
Fabrikation techn. Neuheiten.

Bleistifte und Maßstäbe
bezieht der christlich organisierte Holzarbeiter nur von seinem Verband.
Der gemeinsame Einkauf ermöglicht billigste Belieferung des Einzelnen.
Preislisten befinden sich bei jeder Ortsverwaltung.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe
ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtstrebenden Tischler.
Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2,— Mark.
Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Denloerwall 9 zu richten.

Deutsche Volksbank
Einzigl. Deutsche Volksbank, Essen, Postsch.-A. Nr. 16400